

Generalsekretärin Angela Merkel:

Europa muß man richtig machen

Unter dem Motto „Europa muß man richtig machen“ steht der Beschluß, den der Bundesvorstand am 1. März einstimmig als europapolitischen Leitantrag für den 12. Parteitag vom 25. bis 27. April in Erfurt gefaßt hat. Angela Merkel: „Wir sind **die** Europapartei. Wir werden streng darauf achten, daß die Schröder-Regierung das europapolitische Erbe Helmut Kohls nicht verspielt.“

Die CDU will aus der Europawahl als stärkste Partei hervorgehen und zusammen mit der CSU dafür sorgen, daß die deutsche Europapolitik nach einem zuverlässigen Kompaß ihre klare Ausrichtung behält.

Neu: Ein Verfassungsvertrag

Angela Merkel: „Unser Vorschlag ist die Erarbeitung eines Verfassungsvertrags. Er soll ein Katalog der Grundrechte sein und die Kompetenzverteilung regeln. Ein solcher Verfassungsvertrag soll der Vision Europa eine deutliche Struktur geben und ihr die von uns gewollte Richtung weisen.“

Ein wichtiges Thema in Europa ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Bundesvorstand ist sich darüber einig: Erfolge lassen sich nur durch die Stär-

Wo Werte Zukunft haben:

- Wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas schaffen
- Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen.

Wolfgang Schäuble erläutert die „Erfurter Leitsätze“.
Seite 4-7

U*i*D Extra

- Erfurter Leitsätze: Aufbruch '99. Antrag des Bundesvorstands an den 12. Parteitag. Innenteil

Dokumentation

- Europa muß man richtig machen. Leitantrag des Bundesvorstands an den 12. Parteitag. Grüner Teil

Kurz & gut

Deutlicher Vorsprung

Mit 42 Prozent der Stimmen liegt die CDU/CSU nach einer Umfrage in der Gunst der Wähler fünf Prozent vor der regierenden SPD (37 Prozent). Forssa hat Mitte Februar 2.500 Bürger befragt und dabei mit 48 Prozent auch einen deutlichen Vorsprung vor CDU/CSU und FDP vor Rot-Grün mit nur 43 Prozent ermittelt.

Mehr als zwei Millionen Unterschriften

hat bis Ende Februar die CDU für Integration und gegen die generell doppelte Staatsbürgerschaft gesammelt, die CSU rund eine Million. Generalsekretärin Angela Merkel: Die Schröder-Regierung wird daran nicht vorbeikommen. Solange der ursprüngliche Regierungsentwurf nicht vom Tisch ist, werden wir unsere Aktion fortsetzen.

Überraschungserfolge

hat die CDU in Celle und in Hameln erzielt. Klaus Wiswe heißt der künftige Celler Landrat, der mit 60,5 Prozent den SPD-Kandidaten (34,9 Prozent) schlug. Hauptamtlicher Bürgermeister in Hameln ist der parteilose Klaus Arnecke geworden, der für die CDU kandidierte und mit 58,5 Prozent fast doppelt so viele Stimmen wie die SPD-Kandidatin (31 Prozent) erhielt.

Hohe Ehrung für Hannelore Kohl

Bundespräsident Roman Herzog hat die Ehefrau des früheren Bundeskanzlers, Hannelore Kohl, für ihren Einsatz für schädelt- und hirnerkrankte Unfallopfer mit dem Großen Verdienstkreuz ausgezeichnet. Roman Herzog: Frau Kohl hat mit ihrer Hilfe den betroffenen Menschen wieder eine Lebensperspektive gegeben.

Koalition will Mehrwertsteuer um bis zu drei Prozent erhöhen

Vor dem Hintergrund einer geplanten Senkung der Unternehmenssteuern auf 35 Prozent und der Einlösung des Karlsruher Familienurteils

vom Januar gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Das berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ am

16. Februar unter Berufung auf Regierungskreise. Größenordnung der Erhöhung: bis zu drei Prozent. Die Erhöhung soll nach den Vorstellungen der

Beteiligten nach der Bürgerchaftswahl in Bremen am 6. Juni, aber noch vor der Sommerpause erfolgen. Erhebliche Lücken in der Finanzplanung

für das Jahr 2000 zwingen zu den Überlegungen. Auch über eine weitere Anhebung der Ökosteuer auf Treibstoff werde nachgedacht.

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 7

Ein Kanzler darf Spaß haben, auch Spaß bringen. Doch er darf sich nicht zur Ulknuudel der Nation machen.

„Berliner Zeitung“
vom 23. Februar

Generalsekretärin Angela Merkel: Die Osterweiterung der EU ist im deutschen Interesse

Der Europawahlkampf war das Hauptthema der Beratungen im Präsidium der CDU am 22. Februar. Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus erklärte dazu Generalsekretärin Angela Merkel:

Unser Wahlziel ist es, gemeinsam mit der CSU wieder die stärkste europapolitische Kraft in Deutschland zu werden.

Europa muß man richtig machen

In unserem Leitartikel für den 12. Parteitag vom 25. bis 27. April in Erfurt machen wir deutlich: Die CDU ist die Europapartei der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings reicht das Bekenntnis zu Europa allein nicht aus. Europa muß man richtig machen.

Die richtigen Lösungen haben wir dafür. Wir wollen kein sozialistisches Europa, sondern ein Europa des Wettbewerbs. Nur so kann auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, nicht jedoch mit zentralistischen Beschäftigungsprogrammen. Wir wollen gerechte Beitragszahlungen. Korruption und ein Übermaß an Bürokratie müssen bekämpft werden.

Wir müssen deutlich machen, daß wir die Osterweiterung der Europäischen Union bis 2002 wollen. Sie ist im deutschen Interesse.

Im Jahr 2002 sollen die institutionellen Voraussetzungen in Europa geschaffen sein, um die Osterweiterung durchzuführen. Bis dahin müssen die Beitrittsländer auch ihrerseits die entsprechenden Bedingungen erfüllen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie im Sinne einer umfassenden Vertretung deutscher Interessen nicht nur mit Zahlen und Geldzahlungen argumentiert, sondern die Osterweiterung der EU als umfassenden Ansatz der deutschen Politik zielstrebig verfolgt.

Öffentlich und unmißverständlich

„Es wäre nur konsequent und ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit“, erklärte auch Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, „wenn sich Bundeskanzler Schröder und seine Regierung öffentlich und unmißverständlich dem Ziel verpflichten würden, alles zu tun, damit die Europäische Union ab dem Jahr 2002 erweiterungsfähig ist.“

In Vilshofen ausgebuht

Mehr als 2000 Bauern haben am Aschermittwoch im niederbayerischen Vilshofen Gerhard Schröder ausgepöfien. Sie forderten ihn auf, die Europäische Agenda 2000 abzulehnen, die Steuerreform zu korrigieren und die Land-

wirtschaft von der Ökosteuer auszunehmen. Bauernpräsident Abert Schallmoser forderte den Bundeskanzler auf, „ein großes Bauernsterben zu verhindern“: „Auch wir Bauern gehören zur politischen Mittel!“

Den zweiten Sündenfall

plant nach Meinung des Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rau, die SPD mit Riesters Vorschlag, den Rentenanstieg von der Lohnentwicklung abzukoppeln. Nach-

dem die Regierung Schmidt im letzten Jahr ihrer Amtszeit zum erstenmal die Renten Anpassung politisch festgesetzt hatte, will die Schröder-Regierung – unfähig zur Reform – dies nun offenbar wiederholen.

Fortsetzung von Seite 1

kung der europäischen Wettbewerbskraft erzielen. Europäische Beschäftigungsprogramme helfen da nicht weiter.

Angela Merkel: „Wir werden auch nicht zulassen, daß die rot-grüne Bundesregierung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im eigenen Land Europa in Anspruch nimmt. Sie sollte in Deutschland nach nationalen Lösungen suchen, indem sie sich z.B. auf eine vernünftige Steuergesetzgebung einigt.“

Gerechtes Beitragssystem

Wir wollen Soziale Marktwirtschaft in Europa und keinen sozialistischen Zentralismus! - Der Leitantrag macht an vielen Beispielen deutlich: Die CDU will ein gerechtes Beitragssystem und bekämpft Verschwendung und Korruption. Gerechtes Beitragssystem - das heißt, wenn man die Höhe der Beiträge am Bruttosozialprodukt orientiert: Die Bundesrepublik Deutschland könnte um 7.5 Milliarden Mark entlastet werden.

Angela Merkel: „Der Bundeskanzler muß hart verhandeln und die deutschen Interessen so vertreten, daß am Ende vernünftige Ergebnisse stehen. Schröders markige Worte sind allerdings nicht unsere Sprache. Mit Vorstellungen wie von einem *Verbraten deutscher Gelder in Europa* wird man der Sache nicht gerecht.“

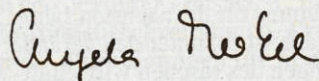
Zwei-Millionen-Grenze überschritten

Die Unterschriften für Integration und gegen die generell doppelte Staatsbürgerschaft haben jetzt die Zwei-Millionen-Grenze deutlich überschritten. Die Aktion geht weiter und wird so lange fortgesetzt, bis die Bundesregierung beim Staatsangehörigkeitsrecht einlenkt.

Liebe Freunde,

Sie haben Gelegenheit, Ihre Ergänzungs- und Änderungsanträge zu den Anträgen des Bundesvorstandes bis 1. April 1999, 24.00 Uhr, bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen. Die gleiche Frist gilt für die Einreichung sonstiger Anträge.

Es würde viel doppelte Schreibezeit ersparen, wenn Sie uns Ihre Änderungs- und Ergänzungsanträge in Datenform zukommen lassen könnten. Dies ist möglich als Diskette (ASCII- oder Winword-Format) oder als E-Mail (post@www.cdu.de).



Der Schlüssel zur Tür: 13. Juni

● Umwelt ● Verbraucher-Union ● Bildungspolitik ● institutionelle Reformen ● Osterweiterung ab 2002 ● Sicherheit auch ohne die alten Binnengrenzen ● faire Lastenverteilung bei den Bürgerkriegsflüchtlingen: Der Schlüssel für die Tür zur Europapolitik mit all ihren wichtigen Themen ist die Europawahl am 13. Juni.

Angela Merkel: „Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Eine Reihe von Problemen gehört in die Verantwortung der Mitgliedsländer und Regionen und sollte dort auch gelöst werden.“

Wieder mehr Mitglieder

Zum erstenmal seit 1991 hat die CDU wieder ein positives Mitglieder-Saldo, d.h. weniger Abgänge als Parteibeiträge. In Zahlen: 464 Mitglieder.

Angela Merkel: „Wir wollen diesen Erfolg weiter ausbauen und hoffen, daß uns das in den nächsten Wochen und Monaten auch gelingt.“

Tun Sie was, sonst tut sich nix. S. 28.

Wolfgang Schäuble:

„Erfurter Leitsätze – Aufbruch ‘99“

CDU – Wo Werte Zukunft haben

Die „Erfurter Leitsätze“ sind der Startschub für eine umfängliche Diskussion über wichtige Zukunftsfragen. Sie beschreiben gleichzeitig einen wesentlichen Teil des Arbeitsprogramms für die nächsten Jahre. Unsere Aufgabe ist es, unter den veränderten Bedingungen des raschen wirtschaftlichen, technologischen, demographischen und gesellschaftlichen Wandels auf neue Fragen auch neue Antworten zu geben. Bei dieser Debatte um die Weiterentwicklung der Politik der CDU lassen wir uns leiten vom christlichen Verständnis vom Menschen sowie von dem im Grundsatprogramm beschriebenen Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Die Politik der CDU ist und bleibt wer-tebezogen. Nur eine werteorientierte Politik ist auch glaubwürdig. Glaubwürdigkeit ist die Voraussetzung, Menschen von politischen Konzepten faszinieren zu können. Über diesen Weg wollen wir die Mehrheit im Bund zurückgewinnen. Der „Aufbruch ‘99“ hat ein Ziel: Die bundesweite Rückgewinnung der Mehrheit im Jahre 2002.

Die Rückgewinnung der Mehrheit: Eine Aufgabe der gesamten Partei.

Die „Erfurter Leitsätze“ gliedern sich in zwei Teile. Teil II beschäftigt sich mit den inhaltlichen Schwerpunkten. Teil I beschäftigt sich mit unserem Innenleben und den Veränderungsnotwendigkeiten für die Par-

tei. Dieser Ansatz ist bewußt gewählt. Die CDU ist eine starke Partei. Wir trauen der CDU und ihren Mitgliedern etwas zu. Die Krise der Schröder-Regierung ist auch darauf zurückzuführen, daß sich SPD und Grüne in den letzten Jahren einer inhaltlichen Erneuerung und einer Anpassung ihrer Politik an die veränderten Gegebenheiten verschlossen haben. Rot-Grün war daher im Grunde auf die Übernahme von Regierungsverantwortung unvorbereitet. **Wir wollen die Zeit in der Opposition von Anfang an zur permanenten personellen und inhaltlichen Erneuerung nutzen. Die Union ist die Alternative zur falschen Politik der Schröder-Regierung.**

Wo Werte Zukunft haben: Wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas schaffen.

Wir wollen unsere Politik in einem breiten Dialog weiterentwickeln. Wir haben daher bei unserer programmatischen Arbeit keine übertriebene Eile. Wir wollen sorgfältig und lebhaft diskutieren, vor allem wollen wir in unsere Meinungsbildung verschiedene Organisationen und Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften, aber auch Elternvertreter und Bürgerinitiativen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen. **Die CDU steht mitten im Leben. Das wird die Diskussion deutlich machen.**

Die „Erfurter Leitsätze“ enthalten die Absicht, **die Parteireform voranzubringen.** Wir sprechen uns dafür aus, daß ein Parteimitglied nicht mehr als drei Vorstandsämter gleichzeitig ausüben soll

(Ziff. 7). Wir wollen vorankommen bei der **Verjüngung** der Partei sowie der stärkeren **Berücksichtigung von Frauen** (Ziff. 8). Auch wollen wir uns stärker **qualifizierten Seiteneinsteigern** öffnen (Ziff. 9 und Ziff. 10). Schließlich liegt uns die stärkere **Einbeziehung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger** in die Parteiarbeit am Herzen (Ziff. 12). Schließlich gilt es, die neuen Medien und Kommunikationswege optimal zu nutzen. Wir wollen zu diesem Zweck der **elektronischen Vernetzung unserer Mitglieder mit den Geschäftsstellen** hohe Aufmerksamkeit zukommen lassen (Ziff. 13). Diesen Aufgaben müssen sich alle Ebenen der Partei widmen.

Wo Werte Zukunft haben: Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen

Die Struktur von Teil II der Leitsätze besteht aus jeweils einer kurzen Einleitung in die Kapitel und einem Teil „Daran arbeiten wir“, in dem die Richtung unserer Politik vorgegeben wird. Der Teil „Daran arbeiten wir“ enthält stets konkrete Aufgaben. Damit wird deutlich, daß wir in Erfurt einen Diskussionsprozeß beginnen.

Teil II enthält fünf große Abschnitte, teilweise mit Untergliederung:

- Wettbewerbsfähigkeit stärken - Für Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherung
 - ▶ Beschäftigungschancen konsequent nutzen
 - ▶ Niedrige Steuern für Alle
 - ▶ Wir wollen den Sozialstaat zukunftsfest machen
 - ▶ Innovationen für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten.
- Bildungsreform für eine zukunftsfähige Gesellschaft

- Politik für die Familien - Politik für die Zukunft
- Globale Verantwortung wahrnehmen
- Aktive Bürgergesellschaft - Dies ist unser Land

- ▶ Für eine Gesellschaft freier und verantwortlicher Bürger - Spielraum für kleine Einheiten schaffen
- ▶ Föderalismusreformen - Klare Verantwortung für jede Ebene
- ▶ Nationale Solidarität - Das Band der Einheit.

In den „Erfurter Leitsätzen“ finden sich **Positionsbeschreibungen, Prüfaufträge und Ankündigungen für neue Konzepte.**

Zu den wesentlichen Positionsbeschreibungen gehören die Forderungen nach:

- dem Aufbrechen gesellschaftlicher Tabus, die ganze Beschäftigungsfelder verschlossen halten. Damit soll die Übernahme einfacher Tätigkeit wieder selbstverständlich werden (Ziff. 17),
- neuen Arbeitszeitmodellen und modernen Arbeitsorganisationsformen (Ziff. 17),
- verstärkt ergebnisabhängigen Komponenten bei Tarifabschlüssen (Ziff. 17),
- spezieller Förderung junger innovativer Unternehmen (Ziff. 17),
- drastischer Senkung der Steuersätze für die Einkommens- und Unternehmensbesteuerung (Ziff. 19),
- einer langfristigen Absenkung der Staatsquote auf etwa 40 % (Ziff. 19),
- einem Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme (Ziff. 19),
- mehr Wettbewerbselementen in der Forschungsförderung (Ziff. 23)
- mehr Chancen für Nachwuchswissenschaftler (Ziff. 23),

- schnelleren Bildungsabschlüssen, allgemeiner Hochschulreife nach 12 Jahren (Ziff. 25),
- verstärkter internationaler Orientierung der Bildung (Ziff. 25),
- Ausweitung der Förderung für herausragend Begabte (Ziff. 25),
- besserer Verknüpfung von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung (Ziff. 27),
- Ausbau der Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht (Ziff. 27),
- Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder bis zum 16 Lebensjahr (Ziff. 27),
- Ausbau der Rolle der regenerativen Energien in Energiemix (Ziff. 30),
- mehr Subsidiarität auf allen staatlichen Ebenen (Ziff. 33),
- Stärkung des Ehrenamtes (Ziff. 33).

Die „Erfurter Leitsätze“ enthalten folgende Prüf- und Weiterentwicklungsaufträge:

- Wir wollen prüfen, welche Subventionen schrittweise abgebaut werden können und ob zu einem System der „sunset legislation“, also der kontinuierlichen Reduktion der Subventionen durch automatische zeitliche Begrenzung, übergegangen werden kann (Ziff. 19).
- Wir wollen uns auch der Frage widmen, ob eine Verpflichtung der öffentlichen Hand möglich ist, um den Abbau öffentlicher Verschuldung unmittelbar mit einer Senkung der steuerlichen Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu verknüpfen (Ziff. 19).
- Die CDU wird der Frage nachgehen, ob das bestehende System der sozialen Sicherung auf längere Sicht Bestand haben kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob es praktikable Alternativen zu der zur Zeit engen Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an die Beschäftigungsverhältnisse gibt (Ziff. 21).

- Wir werden das Kombilohn-Modell weiterentwickeln, das insbesondere Langzeitarbeitslosen neue und gute Chancen für die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt bietet (Ziff. 21).
- Die CDU wird das Rentenreformkonzept im Hinblick auf die Hinterbliebenenversorgung sowie die Neuordnung der familienpolitischen Leistungen der Rentenversicherung weiterentwickeln (Ziff. 21).
- Wir werden ein Konzept zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge entwickeln. In Zukunft müssen die Arbeitnehmer mobil bleiben können, ohne erworbene Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge zu verlieren (Ziff. 21).
- Wir wollen Strategien entwickeln, um die Arbeitnehmer auf die Anforderungen des technologischen Wandels vorzubereiten. Fachhochschulen und Universitäten müssen verstärkt auch Angebote der Weiterbildung für Berufstätige entwickeln und anbieten (Ziff. 25).
- Die CDU plädiert für die Beibehaltung des Ehegattensplittings - auf mittlere Sicht streben wir ein Familiensplitting an, das Familien mit Kindern stärker als bisher entlastet (Ziff. 27).
- Wir wollen den von der CDU geschaffenen dreijährigen Erziehungsurlaub mit Weiterbeschäftigungsgarantie im Lichte gewandelter Bedürfnisse von Eltern weiterentwickeln, ohne dabei die Realitäten am Arbeitsmarkt aus den Augen zu verlieren. Eine flexiblere Nutzung des Erziehungsurlaubs - zum Beispiel das Aufteilen auf verschiedene Erziehungsphasen - kann Eltern wie Betrieben entgegenkommen (Ziff. 27).
- Wir streben die Fortentwicklung der ökologischen Elemente im Steuersystem an. Unser Ziel ist die Harmonisierung der Besteuerung von Energie auf europäischer Ebene (Ziff. 30).
- Wir wollen überlegen, wie die Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen

ZUKUNFTSFRAGEN

politischen Ebenen noch besser in die demokratische Verantwortung einbezogen werden können (Ziff. 33).

Das Papier enthält folgende Arbeitsaufträge an die Parteiführung:

- Weiterentwicklung und Fortführung der Existenzgründerinitiative aus den Jahren 1997/98 (Ziff. 17),
- Weiterentwicklung der Petersberger Beschlüsse zur Steuerpolitik unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung von Familien (Ziff. 19),
- Erarbeitung eines Konzepts „Sozialstaat 21“ (Ziff. 21),
- Einsetzung einer Kommission, die sich intensiv mit Fragen der ethischen Dimension von Wissenschaften und Forschung befassen soll (Ziff. 23),
- Vorlage eines neuen bildungspolitischen Programms im Jahr 2000 (Ziff. 24),
- Vorlage eines Konzepts „Familie 2000“ auf einem Kleinen Parteitag im Herbst 1999 (Ziff. 27),
- Erarbeitung eines Konzepts „Energie mit Zukunft“ (Ziff. 30),
- Erarbeitung eines Konzepts, das die unverzichtbaren Kernaufgaben des Staates

„Mitten im Leben“

Machen Sie mit!

Nur noch bis zum 31. März können Sie Ihre Aktionen und Projekte einbringen, mit denen Sie sich an unserem Wettbewerb „Mitten im Leben“ beteiligen. Die besten Beispiele für Parteiarbeit werden auf dem 12. Parteitag (25.-27. April) in Erfurt präsentiert und prämiert.

Einsendeadresse: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn.

benannt und Wege aufgezeigt, die Bürgergesellschaft im Sinne der Verantwortungsgesellschaft weiterzuentwickeln (Ziff. 33),

- Erarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Modernisierung des Föderalismus (Ziff. 35),
- Erarbeitung eines kommunalpolitischen Aktionskonzepts, das Wege zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Rückgewinnung finanzieller Spielräume in den Kommunen aufweist (Ziff. 35),
- Berufung einer Werte-Kommission (bereits geschehen) (Ziff. 37).

Die SPD hinterläßt eine „dramatische Haushaltslage“ in Hessen

Die hessische CDU hat der SPD vorgeworfen, der Nachfolgekoalition eine „dramatische Haushaltslage“ zu hinterlassen.

Die Finanzlage Hessens stelle sich wesentlich schlechter dar, als bislang von Ministerpräsident Hans Eichel und Finanzminister Karl Starzacker dargestellt, erklärte Pressesprecher Dirk Metz in Wiesbaden.

„Je mehr wir von der Finanzlage erfahren, desto größer werden die Sorgen“, betonte Metz. Er reagierte damit auf Äußerungen Eichels, wonach die scheidende Landesregierung ihr Konsolidierungsziel übererfüllt habe und geordnete Finanzen übergebe. Metz stellte klar, daß die CDU trotz der Haushaltslage nicht an der im Wahlkampf zugesagten Unterrichtsgarantie rütteln werde.

Gerhard Schröder kann sich hier nicht rausreden

Generalsekretärin Angela Merkel zur aktuellen Diskussion über das Verhältnis SPD – PDS:

Was SPD-Bundesgeschäftsführer Schreiner und Bundesfinanzminister Lafontaine behaupten, ist eine durch nichts gedeckte Unterstellung. Denn es gibt in den neuen Bundesländern keinen einzigen CDU-Landesverband, der nicht gegen eine Zusammenarbeit von CDU und PDS klare Beschlüsse gefaßt hätte. Es gibt weder taktische noch strategische Absprachen noch Vereinbarungen in Koalitionsform.

Wenn man dagegen sieht, wie SPD und PDS in den neuen Bundesländern reihenweise Posten aushandeln und Wahlbündnisse vereinbaren, dann sind Schreiners und Lafontaines Behauptungen eine Frechheit.

Auch im Bundesrat wird Bundespolitik gemacht

Der Bundeskanzler hat sich jetzt in die Diskussion eingeschaltet und gesagt: Eine

Kooperation von SPD und PDS auf Bundesebene sei mit ihm nicht zu machen.

Diese Aussage geht am Kern der Sache vorbei.

Denn Schröder hat die Koalition zwischen SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern zugelassen, die selbstverständlich dazu führt, daß die PDS im Bundesrat, wenn es um zustimmungspflichtige Gesetze geht, an einer entscheidenden Schnittstelle sitzt.

Der Bundesrat ist Ländergremium, kein Landesgremium und sehr wohl daran beteiligt, Entscheidungen auf Bundesebene für die Politik in Deutschland zu treffen.

Mitverantwortlich für die Rolle der PDS im Bundesrat

Schröder kann sich also nicht herausreden, als habe er mit all dem, was Lafontaine und Schreiber auftischen, nichts zu tun. Im Gegenteil: Er ist mitverantwortlich dafür, daß die PDS im Bundesrat eine wichtige Rolle spielen kann.

Lafontaine versucht jetzt, einen „Nebenkriegsschauplatz“ zu eröffnen

Wolfgang Schäuble hat die Annäherung der SPD an die PDS als einen „Verrat“ an jenen Sozialdemokraten kritisiert, die sich in der damaligen sowjetischen Besatzungszone gegen den Zusammenschluß von SPD und KPD gewehrt haben.

Diesen werde durch den Kurs von SPD-Chef Oskar Lafontaine im Nachhinein gleichsam „ein Stück weit die historische Legitimation entzogen“, sagte der Par-

teivorsitzende. Durch ihr Paktieren mit Linksradiكالen schwäche die SPD zudem die Demokratie.

Schäuble äußerte zugleich den Verdacht, mit der neuerlichen Diskussion um das Verhältnis zur PDS wolle Lafontaine vom Versagen der SPD-geführten Bundesregierung ablenken und einen „Nebenkriegsschauplatz“ eröffnen. Diese Rechnung der SPD werde aber nicht aufgehen.

Ziemliche Ratlosigkeit

Friedrich Merz in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags:

Herr Lafontaine, Sie haben das Thema Steuerquote angesprochen. Dieses Thema greifen Sie immer wieder auf und erwecken damit bewußt den Eindruck, als ob sich große Teile der Privatpersonen, aber auch große Teile der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland der Steuerpflicht entziehen. Ich will diesem Eindruck mit Nachdruck widersprechen.

Ich will Ihnen diesen Sachverhalt an einer konkreten Zahl deutlich machen. Das Bundeswirtschaftsministerium sagt bis zum heutigen Tag - diese Auffassung hat sich durch den Regierungswechsel nicht geändert -, daß weniger als die Hälfte der Einnahmen, die in der Bundesrepublik Deutschland erzielt werden, aus Ertragssteuern resultiert. Wenn aber nur ungefähr die Hälfte der Einnahmen aus Ertragssteuern resultiert, dann ist die Steuerbelastung hinsichtlich der anderen Hälfte mit real deutlich über 40 Prozent zwangsläufig zu hoch. Diesen Gesamtzusammenhang verschweigen Sie in jeder öffentlichen Betrachtung über die Steuerquote.

Ihr ständiger Hinweis auf die Steuerquote ist irreführend. Wir müssen Ihnen den Vorwurf machen, daß Sie mit der Zahl, die Sie im Zusammenhang mit der Steuerquote isoliert nennen, ganz bewußt die Öffentlichkeit in Deutschland spalten wollen, um auf diese Art und Weise Neidkomplexe in die Gesellschaft zu tragen, damit Sie darauf Ihre Umverteilungs- und Steuerpolitik aufbauen können.

Sie haben, Herr Lafontaine, die Steuerreform angesprochen. Ich habe mir das Ver-

gnügen gemacht, Sie mir spätabends bei einer Fernsehübertragung der Pressekonferenz anzusehen, die Sie nach der sogenannten Klausurtagung des Bundeskabinetts am 10. Februar gegeben haben, bei der Sie eine Reihe von Korrekturen vorgenommen haben. Ich will zunächst einmal ausdrücklich begrüßen, daß Sie eine Reihe von Steuererhöhungen zurückgenommen haben, etwa im Umfang von 6,6 Mrd. DM. Sie sind dann allerdings auf dieser Pressekonferenz in geradezu peinlicher Weise jede Antwort darauf schuldig geblieben, wie Sie denn die Steuererhöhungen von mehr als 8 Mrd. DM, die Sie im Bundeskabinett gleichzeitig beschlossen haben, in das Gesetzgebungsverfahren einbringen wollen. Ich habe bei dieser Gelegenheit das erste Mal das Gefühl gehabt, daß Sie auch von der fachlichen Seite her bei dem, was Sie an Steuerpolitik machen, offensichtlich überfordert sind. Das war jedenfalls der Eindruck, der auch in der Bundespressekonferenz allgemein bestand.

„Lektionen für Lafontaine“

Ich will noch etwas zum G7-Gipfel vom vergangenen Wochenende sagen. Es ist schon ein bemerkenswertes Stück Kühnheit - um das einmal so zu formulieren -, daß Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie hätten am Wochenende von den Partnern der G7 eine große Zustimmung zu Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik erfahren. Die Überschriften in den Zeitungen in Deutschland, in Großbritannien, in Frankreich, in Amerika - welches Land sie auch nehmen - lauten doch ganz anders. Sie lauten: „Lektionen für Lafontaine und Co.“, „Amerikas Lehrstunde für Lafontaine“. Nun noch zu behaupten, Sie hätten am Wochenende Zustimmung erfahren, das ist ein Stück der politischen Dreistigkeit, das ich von Ihnen in dieser Weise bis jetzt nicht erlebt habe. Das Gegenteil ist richtig.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur relativen Schwäche des Euro sagen, die Sie er-

neut begrüßt haben. Sie haben ja darauf hingewiesen, daß die Schwäche des Euro dem deutschen Export behilflich sei. Darüber kann man reden. Nur: Was ist denn die Ursache für die Schwäche des Euro, die ja nun langsam wirklich besorgniserregend ist? Die anhaltende Stärke der amerikanischen Volkswirtschaft ist der erste Grund.

Erhebliche Probleme

Der zweite Grund ist, daß Sie dabei sind, die Stabilität des Euro politisch herunterzureden. Sie werden auf diese Art und Weise im Laufe des Jahres 1999 ein erhebliches Problem bekommen. Denn wenn sich die Geldentwertungstendenz des Euro, die sich gegenwärtig in der Schwächung des Außenwertes dokumentiert, in seinem Innenwert widerspiegelt, dann wird die Europäische Zentralbank gezwungen sein, die Zinsen in der Euro-Zone wieder anzuheben.

Dann wird genau das Gegenteil von dem eintreten, was Sie durch politischen Druck auf die Europäische Zentralbank auslösen wollen. Deswegen ist die Politik, die Sie machen - auch gegenüber der Zentralbank -, die Probleme in Deutschland ständig nur über die Geldpolitik zu lösen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sie werden nicht darum herumkommen - der Bundeshaushalt, den Sie hier vorgelegt haben, ist leider ein Dokument ziemlichlicher Ratlosigkeit in diesen Fragen -, in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von strukturellen Veränderungen des Steuersystems und Sozialsystems anzugehen, wenn Sie die Probleme des deutschen Standortes langfristig lösen wollen. So lösen Sie sie nicht nur nicht, Sie verschärfen sie mit Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik. Sie sind international isoliert und treffen offensichtlich auf immer größere Widerstände, auch innerhalb des Bundeskabinetts der Bundesrepublik Deutschland. Dies weiter zu beobachten und kritisch zu begleiten, wird unsere Aufgabe sein. Herr Lafontaine, Sie gehen einen schweren Weg.

Mehr Arbeitslose - weniger Beschäftigung

Hermann Kues in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags:

Die neue Bundesregierung hat in der Sozialpolitik in aller kürzester Zeit einen Trümmerhaufen hinterlassen! Ob Bündnis für Arbeit, ob Rente ab 60, ob 630-DM-Arbeitsverhältnisse, ob 2-Mrd.-Programm für Jugendliche. Ein heilloser Durcheinander, ein beispielloser Zick-Zack-Kurs und vor allen Dingen: Es ist nicht zu erkennen, wie man auf diesem Weg zu mehr Beschäftigung kommen kann.

Die neue Bundesregierung ist bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keinen einzigen Schritt vorangekommen. Im Gegenteil. Seit der Regierungsübernahme ist die Zahl der Arbeitslosen auf 4,4 Mio. gestiegen. Das sind rund eine halbe Million Arbeitslose mehr, für die der Bundeskanzler die Verantwortung trägt. Bei der Beschäftigung ergibt sich eine ähnlich miserable Entwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit der rot-grünen Regierungsübernahme um rund 150.000 gesunken. Und wenn es stimmt, daß die größte soziale Ungerechtigkeit unserer Gesellschaft die Arbeitslosigkeit ist, und wenn es zutrifft, daß sozial ist, was zu weniger Arbeitslosen und zu mehr Beschäftigung führt, dann ist die Politik der Bundesregierung nicht nur unausgegoren, sondern auch in hohem Maße unsozial.

Die Rolle eines zentralen Instrumentes bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit räumt die Bundesregierung dem Bündnis für Arbeit ein. Richtig daran ist, daß die Spitzenge-

sprache der Tarifpartner in der Politik einen Beitrag zu mehr Beschäftigung leisten können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb alle Bemühungen unterstützen, bei diesen Gesprächen zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, daß das Treffen als solches noch keinen Arbeitslosen von der Straße holt. Wir werden deshalb die Gespräche um ein Bündnis für Arbeit sehr kritisch begleiten. Letztlich werden wir alle Bemühungen daran messen, ob sie einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten.

Mehr Arbeitslose

Unbestritten ist, daß die Tarifpolitik aus dem Ruder gelaufen ist. Zu der Steuerpolitik, zu den bei Ihnen nicht vorhandenen Sparbemühungen im Bundeshaushalt ebenso wie zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und den notwendigen Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen ist an anderer Stelle hinreichend genug gesagt worden. Alleine das läßt vermuten, daß der Bundesarbeitsminister im Endeffekt mit einer pessimistischen Einschätzung, der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Recht behalten können: Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir mit dieser Politik nicht weniger sondern mehr Arbeitslose haben.

Das Konzept des Arbeitsministers, die Rente ab 60 für alle Arbeitnehmer, ist praktisch gescheitert. Noch Anfang Februar wurde versichert, daß das Modell bei der nächsten Gesprächsrunde beim Bündnis für Arbeit diskutiert wird. Inzwischen ist längst klar, daß es dazu nicht kommen wird. Es ist der untaugliche Versuch, die Arbeitsmarktprobleme über die Rentenversicherung zu lösen.

Keine echte Perspektive

Es ist erfreulich, daß die Bundesregierung etwas für arbeitslose Jugendliche tun möchte. Aber mit dem Programm für 100.000 Jugendliche wird dies kaum ge-

lingen, denn die Bundesanstalt für Arbeit arbeitet getreu nach dem Motto: „Erfolg ist, wenn das Geld ausgegeben ist“. Aber wie soll man als Behörde auch in wenigen Wochen ein Programm in dieser Größenordnung ohne Qualitätsverlust umsetzen? Wie soll man Jugendlichen kurzfristig eine echte Perspektive bieten, wenn man in den Ländern die Bildungspolitik jahrelang vernachlässigt hat?

Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ist ein Paradebeispiel für den Reglementierungswahn der neuen Regierung. Die neue Regelung wird auch durch die neuerlichen Nachbesserungen nicht einfacher, sondern komplizierter. Der dadurch entstehende bürokratische

Wir wollen die Gespräche über ein Bündnis für Arbeit kritisch begleiten und die Bemühungen der Bundesregierung daran messen, ob sie einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten.

Aufwand dürfte gerade von privaten Haushalten, wo immerhin ein Viertel der 630-DM-Jobber beschäftigt sind, kaum noch zu bewältigen sein. Auch kleinere und mittlere Unternehmer werden sich schwer tun. Eines wird durch diese Regelung nicht erreicht: Weniger Arbeitslose, mehr Beschäftigung. Stattdessen werden wir mehr Schwarzarbeit haben.

Produkt der Ideologie

Die tiefen Spuren auf dem Arbeitsmarkt, die die neue Regierung in den ersten vier Monaten hinterlassen hat, ist das Produkt der Ideologie. Es ist das Ergebnis einer rückwärtsgewandten Politik, die sich auf einen Nenner bringen läßt: Strukturkonservatismus.

Wer Straftaten begeht, verwirkt Gastrecht

**Jürgen Rüttgers in der
Haushaltsdebatte des Deutschen
Bundestags:**

Schon nach etwas mehr als 100 Tagen steht der Bundesinnenminister vor dem Scherbenhaufen seiner Politik - bei der Zuzugsbegrenzung von Ausländern, beim Staatsangehörigkeitsrecht oder auch im Fall Öcalan.

Wer Schwäche sät, erntet Gewalt. Das ist das Resultat Ihrer Politik im Fall Öcalan. Ängstlich und leichtfertig hat die Schröder-Regierung gehandelt, als sie im November auf die Auslieferung Öcalans verzichtete. Sie hat damit schwere Verantwortung auf sich geladen. Die Justiz wurde aus politischen Opportunitätsgründen daran gehindert, Recht zu sprechen. Internationale Haftbefehle, von deutschen Behörden veranlaßt, wurden Makulatur. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich dem Verdacht der Erpreßbarkeit aus. Die Schröder-Regierung hat versucht, diese Kapitulation des Rechtsstaats damit zu rechtfertigen, daß bei einem Strafverfahren gegen Öcalan in Deutschland gewaltkriminelle Ausschreitungen auf deutschen Straßen zu besorgen seien. Jetzt haben wir diese bürgerkriegsähnlichen Zustände trotz Ihrer Kapitulation.

Was hat die Schröder-Regierung national oder international eigentlich seither unternommen? Und wo ist der internationale Strafgerichtshof, vor den Öcalan gebracht werden sollte? Nichts ist passiert. Schlechter jedenfalls konnte man es im Ergebnis nicht machen. Dabei werfe ich der Bundesregierung keine Schuld an den Krawallen selbst vor. Aber sie hat durch ihr Ver-

halten den Eindruck erweckt, daß der deutsche Rechtsstaat den Kopf einzieht, wenn es schwierig wird; daß er vor Drohungen auf die Knie geht. Sie haben ein Umfeld der Erpreßbarkeit, der Permissivität, der Nachgiebigkeit geschaffen.

Eine Kapitulation des Rechtsstaats ist aber auch das, was wir in den vergangenen Tagen gesehen haben: daß Unterstützer der verbotenen PKK alles kurz und klein schlagen und anschließend freien Abzug bekommen. Bundeskanzler und Bundesinnenminister sprechen davon, daß die gewaltkriminellen Demonstranten die ganze Härte des Gesetzes treffen müsse. Richtig. Aber wie paßt dazu das Vorgehen bzw. besser Nichtstun in Düsseldorf und Hamburg. Von Festnahme keine Spur. Nicht einmal die Personalien werden aufgenommen. All das wird umrahmt durch handwerkliches Unvermögen. Peinliche Informationspannen im Kanzleramt und im Innenministerium. Es ist ein Aberwitz, daß Kurdenorganisationen und Nachrichtengenturen Stunden vor den zuständigen Ministern über die Verhaftung Öcalans unterrichtet waren.

Diese Wahrheit nervt

Herr Schily: Kümmern Sie sich endlich um Ihr Ministerium! Sorgen Sie endlich für Sicherheit in unserem Land, statt immer nur zu reden, zu prüfen und anzukündigen. Gegen die Gewalttäter muß entschlossen und konsequent vorgegangen werden - bis hin zur Ausweisung und Abschiebung. Wir können und dürfen nicht dulden, daß innertürkische Konflikte gewaltsam auf deutschem Boden ausgetragen werden. Deutsche Gesetze gelten für alle - auch für Kurden. Wer hier Straftaten begeht - seien sie politisch motiviert oder nicht - verwirkt sein Gastrecht und muß raus.

Die Kurdenkrawalle geben insoweit aber auch eine Lehre über den Tag hinaus. Ich weiß, daß Sie, die Mitglieder der Regierungskoalition, diese Wahrheit nervt.

Erhöhung des Wohngeldes überfällig

Zum Wohnungsbauetat 1999 erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz:

In der Haushaltsdebatte über den Wohnungsbauetat haben die Koalitionsfraktionen eine Erhöhung des Wohngeldes in Verbindung mit einer Wohngeldstrukturreform angekündigt.

Konkretes wurde trotz vollmundiger Ankündigungen im Bundestagswahlkampf nicht bekannt. Dabei wäre es so einfach gewesen: In der letzten Legislaturperiode hatte Wohnungsbau-minister Oswald den Entwurf einer Wohngeldstrukturreform eingereicht. Er war am Widerstand der SPD-regierten Länder im Bundesrat gescheitert. Aufgrund von Erkenntnissen in anderen Politikfeldern, wo Politik zula-sten der Städte und Gemeinden geht,

wird bereits darauf hingewiesen, daß eine Wohngeldstrukturreform nicht auf den Schultern der Städte und Kreise als Sozialhilfeträger ausgetragen werden darf.

Wohltaten durch die Bundesregierung zu verteilen und andere (Länder und Kommunen) sie finanzieren zu lassen wie z.B. beim Kindergeld darf sich nicht wiederholen. Wohngeld ist kein Almosen. Die Berechtigten haben einen Anspruch darauf, daß eine Anpassung des Wohngeldes an die Mieten und Einkommensentwicklung erfolgt. Ein Verschiebehahnhof zulasten der kommunalen Sozialhilfe darf es nicht geben. Das ist weder für die Menschen noch für die Städte und Gemeinden zumutbar, die weder bereit noch in der Lage sind, weitere Verlagerungen von Kosten des Bundes und der Länder auf die Sozialhilfe hinzunehmen.

Aber ich wiederhole trotzdem: Die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit darf nicht eingeführt werden. Wären die Staatsangehörigkeitspläne der Schröder-Regierung bereits geltendes Recht, wären viele der kurdischen Gewalttäter längst deutsche Staatsbürger und könnten schon deshalb jetzt nicht ausgewiesen und abgeschoben werden.

Jetzt kündigt der Bundesinnenminister an, er wolle Gesetzesverschärfungen im Bereich des Ausweisungsrechts prüfen. Wir nehmen Sie beim Wort. Ich schlage folgende Gesetzesänderungen vor: Zwingende Ausweisung muß künftig bereits bei einer rechtskräftigen Verurteilung zu einem Jahr stattfinden. Wir müssen zu einer schnelleren Ausweisung gewalttätiger Demonstranten kommen. Dies ist bisher nur nach einer rechtskräftigen Verurteilung möglich mit

entsprechend aufwendigen Stafverfahren. Ausländer, die an kollektiven und gewalttätigen, insbesondere extremistischen Ausschreitungen teilnehmen, müssen auch ohne rechtskräftige Verurteilung ausgewiesen und abgeschoben werden können. Schon die nachweisliche Beteiligung an gewalttätigen Demonstrationen muß zwingend zur Ausweisung führen. Auch die Unterstützung einer verbotenen Organisation, wie sie die PKK ist, muß zwingend zu einer Ausweisung führen. Bereits Bundesminister Kanther hatte mit einem türkischen Amtskollegen eine Verfahrensabsprache für die Rückführung von PKK-Anhängern getroffen, die sicherstellt, daß kein Abgeschobener nach Rückkehr in die Heimat rechtsstaatswidrig behandelt wird. Diese Vereinbarung muß jetzt endlich konsequent angewendet werden. ■

Kulturhaushalt 1999

Ein Dokument der Entzauberung

Wenige Monate nach Konzentration der Aufgaben der nationalen Kulturpolitik im Kanzleramt und der Installierung eines leibhaftigen Staatsministers für Kultur und Medien ist die anfängliche Begeisterung zunehmend einer immer größeren Ernüchterung gewichen.

Der erste von Michael Naumann zu vertretende Kulturhaushalt 1999 ist ein Dokument der Entzauberung. Die sorgfältig verkleisterte Diskrepanz zwischen öffentlichen Ankündigungen und konkreten Absichten der Bundesregierung wird mit dem Entwurf des vom Kabinett verabschiedeten Haushalts offenkundig:

Massive Kürzungen der Bundeszuschüsse für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Bayreuther Festspiele, die Bamberger Symphoniker, das Deutsche Museum München und die Philharmonia Hungarica stehen in offenem Widerspruch zu den öffentlichen Zusagen des Staatsministers, die allerdings durch den Haushaltsentwurf der Bundesregierung nicht gedeckt sind. Der Regierungsentwurf verkennt Verpflichtungen, die die Bundesregierung eingegangen ist und setzt sich über geltende Verwaltungsvereinbarungen mit den betroffenen Ländern hinweg. Die Kürzungsvorschläge im Haushalt der Deutschen Welle in Höhe von 40 Millionen DM setzen sich über gesetzliche Programmaufträge des deutschen Auslandsenders sowie einstimmige Beschlüsse der Aufsichtsgremien hinweg.

Michael Naumann ermutigt nicht, sondern verunsichert. Er macht Zusagen, die durch den Haushalt nicht gedeckt sind, er weigert die Verantwortlichkeit für Kürzungen, die der Haushaltsentwurf der Bundesregierung ausdrücklich vorsieht. Er kün-

digt ständig neue Programme und Konzepte an (Gesamtkonzept für Gedenkstätten, Konzept für eine neue auswärtige Kultur- und Medienpolitik, Bündnis für Film und anderes) und er verteilt pausenlos Zensuren, wo immer er sich mit mehr oder weniger zentralen Kultureinrichtungen auseinandersetzt:

- die Filmfestspiele in Berlin werden öffentlich vorgeführt,
- die Entwürfe eines internationalen Wettbewerbs zur Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin werden in

**Von Norbert Lammert,
kultur- und medienpolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion,
zur Kulturpolitik der
Bundesregierung**

Bausch und Bogen als ungeeignet verworfen, bis ein eigener neuer Vorschlag präsentiert wird, der selbstverständlich allen einschlägigen Ansprüchen genügen soll,

- auch die britischen Medien und ihre Behandlung des Zweiten Weltkrieges genügen deutschen, jedenfalls seinen Ansprüchen nicht,
 - zur Rolle der Wehrmacht fällt ihm statt angemessener Differenzierungen nur ein weiteres der unsäglichen Pauschalurteile ein, die sich gerade für ein Mitglied der Bundesregierung und schon gar einen Kulturminister von selbst verbieten sollten.
- Michael Naumann tritt vorzugsweise als Solist auf, doch das Orchester spielt ein anderes Stück und der Dirigent erscheint

erst gar nicht zur Aufführung des Konzertes. Ein Konzept künftiger Kulturpolitik ist bislang nicht erkennbar. Das einzige, was sich erkennen läßt, ist die Neigung zur Konzentration der kulturpolitischen Anstrengungen auf die Hauptstadt Berlin, die der Tradition und dem Selbstverständnis des Kulturstaates Deutschland eben nicht gerecht wird. Kulturpolitik ist eine besonders sensible Gestaltungsaufgabe des Staates, die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam und jeweils eigenverantwortlich wahrgenommen werden muß. Ein freiheitlicher Staat, der die Freiheit der Kunst in seiner Verfassung ausdrücklich garantiert, muß inhaltliche Vorgaben und Festlegungen vermeiden und zugleich Entwicklungsmöglichkeiten für Kunst und Kultur eröffnen.

Es geht um Inhalte

Für Selbstinszenierungen eignet sich die Kulturpolitik am wenigsten, aber die Versuchung ist offenkundig nirgendwo größer als hier. Aber gerade in der Kulturpolitik geht es weniger um die Verpackung als vielmehr um Inhalte. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Initiativen der neuen Bundesregierung und ihres Staatsministers für Kultur und Medien besonders ernüchternd. Kürzungsbeschlüsse des Bundeskabinetts in Verbindung mit dem Haushalt 1999 sind weder mit dem zuständigen Staatsminister noch mit den betroffenen Ländern abgesprochen, aber sie werden rechtswirksam, wenn nicht das Parlament anders entscheidet als von der Regierung vorgeschlagen. Und während die Schröder-Regierung in Brüssel die Bemühungen der Vorgängerregierung zum Erhalt der Buchpreisbin-

dung fortsetzt, werden im Steuerentlastungsgesetz mit der Streichung der Teilwertabschreibung gravierende Gefahren für die Vielfalt des deutschen Verlagswesens und die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Autoren mit gleicher Wirkung wie bei Streichung der Buchpreisbindung verursacht.

Sowohl bei Haushaltsansätzen wie bei Steueränderungen ist das Chaos so unbeschreiblich, daß auch Tage nach der Kabinettsbefassung die Einzelheiten sowohl für das Parlament wie für die von Änderungen betroffenen Institutionen weitgehend undurchschaubar sind. Natürlich muß einer neuen Regierung die Überprüfung bisheriger kulturpolitischer Prioritäten erlaubt sein, natürlich dürfen auch Mitglieder der Bundesregierung eine Privatmeinung haben.

Aber intensive Pressearbeit ersetzt weder gründliches Nachdenken noch sorgfältige konzeptionelle Arbeit. Das gilt ganz gewiß für so sensible Themen wie die Errichtung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin, die nicht mit regierungsamtlichem Hauruck bewältigt werden können. Klar sein muß auch, daß die erwünschte und notwendige Aufstockung der Bundesmittel für national bedeutende kulturelle Einrichtungen in Berlin nicht zu Lasten bedeutender kultureller Einrichtungen in anderen Teilen unseres Landes erfolgen darf.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Kulturstaat, der vom kulturellen Reichtum in der regionalen Vielfalt lebt. Eine „Berliner Republik“, die ihr Selbstverständnis als Kulturstaat auf die Hauptstadt reduziert, wird es mit der Union nicht geben.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

- INTERNET ● T-ONLINE ● X 400
- http://www.cdu.de *CDU# c= de; a= dbp; p= cdu; s= bund
- E-MAIL: post www.cdu.de

Große Sprünge – leerer Sack

Zu den Etatberatungen des Staatsministers für Kultur und Medien erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, und der zuständige Beraterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, Steffen Kampeter:

Der Staatsminister für Kultur und Medien hat offensichtlich keine hinreichende politische Durchsetzungskraft für seine politischen Wünsche. Dies ist die erste Bewertung des von Staatsminister Naumann zu verantwortenden Etatbereichs.

● Versprechen, die nicht bezahlt werden können

Die von Naumann angekündigten zusätzlichen Ausgaben für die neuen Länder und für die Hauptstadtkulturförderung sind nicht solide mit zusätzlichen Mitteln finanziert. Er macht Känguruh-Politik - große Sprünge - leerer Sack. Lafontaine läßt Naumann im Regen stehen - schade für die Kultur in Deutschland.

● Kürzungen erfolgen politisch kleinkariert

Naumann hat klare Feindbilder: Bayern, Preußen und die Deutsche Welle. Dies sind die Sparschweine für seine Vorschläge. Bayreuther Festspiele, Bamberger

Symphoniker und Deutsches Museum München bekommen die Zuschüsse halbiert - entgegen bestehenden rechtsverbindlichen Verträgen. Bauinvestitionen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz werden um 20 Mio DM gekürzt, obwohl die Aufträge schon geschrieben wurden. Naumann interessiert nur die große Linie, und deshalb blutet Preußen für seine mediale Gloria. Und schließlich wird der laufende Etat des Auslandsrundfunks Deutsche Welle um 40 Mio DM Betriebs- und Investitionsmittel gekürzt. Erstmals drohen erheblichen Kürzungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

● Naumanns Etat zentralisiert die Kultur auf Berlin

Naumanns Kulturkonzept möchte Berlin zur Kulturhauptstadt Deutschlands machen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält dieses Konzept - vor dem Hintergrund des Kulturföderalismus - für verfassungswidrig und auf Dauer schwerlich für finanzierbar. Wir wollen die Vielfalt der Kultur - auch in den Regionen Deutschlands. Vielfalt ist nur dann auch finanzierbar, wenn das Prinzip des Kulturföderalismus ohne Wenn und Aber beibehalten wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich vor dem Hintergrund des chaotischen Haushaltsgebahrens des Herrn Naumann für Schadensbegrenzung im Kulturbereich einsetzen.

Georg Lewandowski in Kassel wiedergewählt

Georg Lewandowski bleibt Oberbürgermeister in der ehemals sozialdemokratischen Hochburg Kassel. Die Bürger der mit 200.000 Einwohnern drittgrößten hessischen Stadt nach Frankfurt und Wiesbaden wählten Lewandowski mit 60,7 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang zum zweiten Mal zum Oberbürgermeister. Auf Lewandowskis sozialdemokratische Herausforderin, Kassels Sozialdezernentin Ilona Caroli, entfielen 37,1 Prozent der Stimmen.

Positives Signal der Bischöfe

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, erklärte zum Vorschlag der Bischöfe, die bisherige Beratungsbescheinigung durch einen sog. Beratungs- und Hilfeplan zu ersetzen und damit weiterhin in der Schwangerschaftsberatung zu verbleiben:

Die Bereitschaft der Mehrzahl der deutschen Bischöfe, Frauen in einer sehr schwierigen Konfliktsituation weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ist eine gute Nachricht für alle Frauen. Gerade das Aufzeigen und die Gewährung konkreter Hilfen ist für eine ungewollt schwangere Frau eine wichtige Voraussetzung, sich für das Kind zu entscheiden. Hierin liegt insbesondere die Stärke der katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen.

Ich bin sehr froh darüber, daß die Bischöfe den Frauen auch künftig Beistand leisten wollen und hoffe, daß die Entscheidungs-

träger im Vatikan den Bischöfen zur Seite stehen und diesen Vorschlag mittragen.

Unverzichtbare Position

Zum Abschluß der Beratungen der Deutschen Bischöfe über den Verbleib der Katholischen Kirche in der Schwangerschaftskonfliktberatung erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Maria Eichhorn:

Ich begrüße den Vorschlag der Mehrheit der Deutschen Bischöfe, den Beratungsschein zu einem Beratungs- und Hilfebrief auszuweiten. Damit wird der Weg zum Verbleib der Katholischen Kirche in der Schwangerschaftskonfliktberatung geebnet.

Die Katholische Kirche nimmt innerhalb des pluralen Angebots der Schwangerschaftskonfliktberatung eine unverzichtbare Position ein.

Eine konstruktive Entscheidung

Zum Ergebnis der Beratungen der Bischofskonferenz zur Schwangerschaftskonfliktberatung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Die Entscheidung der katholischen Bischöfe, den Weg des Beratungs- und Hilfeplanes weiterzuverfolgen, entspricht der ausdrücklichen Bitte der CDU/CSU-Fraktion.

Die Schwangerschaftskonfliktberatung der katholischen Kirche ist ein unverzichtbarer Beitrag zum Schutz des ungeborenen Lebens. Dem Anliegen

und Auftrag der katholischen Kirche, auf wirksame Weise in der Beratung hilfesuchender Frauen präsent zu bleiben, scheint die Bischofskonferenz näher gekommen zu sein.

Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

Es geht auch darum, ob die katholische Kirche das in Deutschland gewachsene spezielle Zusammenwirken von Staat und Kirche an einer entscheidenden Stelle aufgibt. Ebenso geht es um die Frage, ob und wie sich Kirche und Christen in Politik und Gesellschaft einmischen oder ob sie sich zurückziehen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

Bestehende Hemmnisse müssen abgebaut werden

Die überwiegende Zahl der Frauen wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Insbesondere die gute schulische und berufliche Ausbildung von Frauen hat dazu beigetragen, daß junge Frauen heute ihre Berufstätigkeit für die Kindererziehung nicht mehr vollständig und auf Dauer aufgeben.

Erziehungsurlaub, Teilzeitarbeit, späterer oder sofortiger Wiedereinstieg in die Vollerwerbstätigkeit sind die Regel. Ganz langsam nimmt auch der Anteil der Männer zu, die bereit sind, wegen der Kinder ihre Erwerbstätigkeit eine Zeitlang einzuschränken.

Bestehende Hemmnisse abbauen

Damit aber Erziehende eine wirkliche Wahl haben, ihr individuelles Lebenskonzept zu verwirklichen, müssen noch bestehende Hemmnisse abgebaut werden. Vor allem müssen betriebliche Arbeitszeiten weiter flexibilisiert und die Angebote zur Kinderbetreuung erweitert werden. Ebenfalls sind Beurlaubungs- und Berufsrückkehrmöglichkeiten weiter zu verbessern. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen wird die Einbeziehung der Sozialpartner unerlässlich sein. Sie müssen endlich mehr Verantwortung übernehmen.

In einer Vielzahl von Familien mit Kindern ist Mitarbeit des erziehenden Partners aus finanziellen Gründen unerlässlich. Die zunehmenden Belastungen durch Steuern und Abgaben wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zwingen viele Ehepaare dazu, zu zweit berufstätig zu sein. Eine Senkung von Steuern und Ab-

gaben ist schon aus diesen Gründen auch familienpolitisch erforderlich. Wenn Ehepaare mit Kindern zu zweit arbeiten, sollte dies ihrem Wunsch entsprechen und nicht wegen finanzieller Nöte unumgänglich sein. Die Abschaffung oder Kappung des Ehegattensplittings würde die finanzielle Situation vieler Familien noch verschlechtern; dies insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, daß viele Frauen teilzeit- oder geringbeschäftigt sind.

Die rot-grüne Regierung wird insbesondere nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Konzepte vorstellen müssen, damit Väter und Mütter bessere Voraussetzungen haben, ihre individuelle Lebensplanung zu verwirklichen.

Von Hannelore Rönsch, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ein Ausbau familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle und Arbeitsplatzstrukturen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft, die Beibehaltung des Ehegattensplittings und Absetzbarkeit von Haushaltshilfen sind notwendig. Außerdem ist ein bedarfsgerechtes Angebot zur Kinderbetreuung für Kinder der verschiedenen Altersstufen erforderlich.

Mit einer Erhöhung des Kindergeldes ist den Familien keineswegs geholfen. Wir warten gespannt auf die rot-grünen Konzepte und werden unsere Vorstellungen in die Diskussion einbringen.

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft

Zur Entwicklung der Familienpolitischen Leitlinien erklärten die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Hannelore Röscher:

Die Familienpolitiker/innen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben auf einer Klausurtagung Anfang Februar Leitlinien für die zukünftige familienpolitische Konzeption der Unionsfraktion erarbeitet. Im Austausch mit anerkannten Experten des Verfassungs- und Familienrechts, der Soziologie und Psychiatrie, dem französischen Abgeordneten Mattéi (Démocratie libérale) sowie dem sächsischen Sozialminister Dr. Geisler wurden der Stellenwert von Ehe und Familie diskutiert, die angekündigten familienpolitischen Pläne der Bundesregierung hinterfragt und eine Neuordnung der familienpolitischen Leistungen gefordert.

Stellenwert von Ehe und Familie

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft: Sie werden durch Artikel 6 Grundgesetz geschützt. Artikel 6 der Verfassung ist eine wertentscheidende Grundsatznorm und enthält ein klassisches Grundrecht auf Schutz vor Eingriffen des Staates. Er enthält eine Institutionsgarantie, die die Lebensform von Ehe und Familie gewährleistet. Ferner enthält er eine verbindliche Wertentscheidung für die gesamte Rechtsordnung. Ehe im verfassungsrechtlichen Sinn beinhaltet die Freiheit und Förmlichkeit der Eheschließung, die Einehe sowie die Heterosexualität.

Ehe und Familie sind auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften. Sie sind der Ort

gegenseitigen Vertrauens, der Liebe und Geborgenheit. In der Familie werden Gemeinschaftswerte erlebt und eingeübt. Ehe und Familie sind auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensformen der Zukunft. Die überwiegende Zahl der Menschen bevorzugt diese Form des Zusammenlebens. Menschen haben grundsätzlich das Bedürfnis nach Sicherheit, die ihnen in Ehe und Familie gewährt wird.

Die grundgesetzliche Institutionsgarantie und Schutzfunktion für Ehe und Familie sind für unsere Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Der Staat hat die Verpflichtung und Aufgabe, Ehe und Familie zu schützen und im ideellen, gesellschaftlichen und materiellen Bereich zu stärken.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind freigewählte Lebensmodelle. Die von der Bundesregierung erhobene Forderung, nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Ehe und Familie rechtlich gleichzustellen, lehnen wir ab. In unserem Land können Frau und Mann völlig frei entscheiden, welche Form sie für ein Zusammenleben wählen. Wer sich entschließt, nicht zu heiraten und seine Kinder in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu erziehen, trifft diese Entscheidung ganz bewußt. Wer die gleichen Rechte und Pflichten haben möchte, die Ehe und Familie mit sich bringen, dem steht es frei zu heiraten. Die überwiegende Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften mündet in einer Eheschließung. Denn auch heute noch möchten 80 % aller Jugendlichen heiraten und eine Familie gründen.

Die von Rot-Grün angekündigte oftmals propagierte rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemein-

schaften mit der Ehe ist falsch. Artikel 6 Grundgesetz gibt keine Möglichkeit, daß gleichgeschlechtliche Partner eine Ehe eingehen, da dies der Anlage der Ehe auf Heterosexualität widerspricht. Denn: Die Ehe wird als eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft zweier Menschen verschiedenen Geschlechts definiert. Diese Definition ist im Grundgesetz festgelegt.

Die von der Bundesregierung geplante Einführung eines Rechtsinstituts für gleichgeschlechtliche Partnerschaften lehnen wir ab. Für Regelungen, die von den Betroffenen als Diskriminierung empfunden werden, gibt das Privatrecht genügend Raum, selbst vertragliche Vereinbarungen zu treffen. Gegebenenfalls könnte auch der Gesetzgeber hier ergänzend tätig werden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Damit Familie auch in Zukunft lebbar sein soll, müssen die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgebaut werden. Der überwiegende Teil der Frauen will Beruf und Familie miteinander vereinbaren. Die Entscheidung, die Berufstätigkeit vollständig und auf Dauer aufzugeben, wird nur noch in seltenen Fällen getroffen. Erziehungsurlaub, Teilzeitarbeit, späterer oder sofortiger Wiedereinstieg in die volle Erwerbstätigkeit sind die Regel.

Die Union hat in den vergangenen Jahren mit zahlreichen gesetzlichen Regelungen und Modellprojekten dem Wunsch vieler Frauen Rechnung getragen, in ihren Lebenskonzepten Familie und Beruf zu verbinden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertritt die Auffassung, daß Erziehende eine wirkliche Wahl haben sollten, wie sie die Verknüpfung von Kindererziehung und Berufsleben gestalten. Wir schreiben kein Gesellschaftsmodell vor. Familienarbeit und Erwerbstätigkeit müssen gleichwertig anerkannt werden. Dadurch eröffnen sich

Optionen, die gleichberechtigt nebeneinander durch staatliche Rahmenbedingungen zu fördern sind. Es bedarf einer großen Vielfalt von Maßnahmen, so daß Erziehende ihre persönliche Lebensplanung im Hinblick auf Familie und/oder Beruf verwirklichen können.

Reine Erziehungsleistungen außerhalb einer Erwerbstätigkeit müssen weiterhin insbesondere durch das Ehegattensplitting und einen Ausbau des Anspruchs in der Rentenversicherung anerkannt bleiben. Ziel ist die eigenständige soziale Sicherung von Frauen. Die bereits bestehenden Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen erhalten und erweitert werden. Dazu gehören der Ausbau familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle und Arbeitsplatzstrukturen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft sowie der Ausbau der steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen. Unabdingbar für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots zur Betreuung von Kindern.

Ehegattensplitting

Immer wieder wird von der Bundesregierung die Forderung erhoben, das Ehegattensplitting zu kappen oder zu streichen. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen die Verfassung, denn das Splittingverfahren ist eine am Schutzgebot des Artikels 6 Grundgesetz orientierte Besteuerung und verhindert die Benachteiligung sowohl der Ehen, in denen beide Partner erwerbstätig sind, als auch der Einverdienerehe.

Das Ehegattensplitting basiert nach den Worten des Bundesverfassungsgerichts auf der Vorstellung, daß zusammenlebende Eheleute eine Gemeinschaft des Erwerbs und Verbrauchs bilden, in der jeder an den Einnahmen und Lasten des anderen wirtschaftlich zur Hälfte teil hat. Bei der steuerlichen Zusammenveranlagung werden die Einkünfte von beiden Eheleuten gemeinsam zugerechnet. Damit wird die

SPD bei Studiengebühren heillos zerstritten

Zu der Ankündigung von Niedersachsens Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (SPD), daß es langfristig Studiengebühren geben wird, erklärte der zuständige Berichterstatter im Bildungs- und Forschungsausschuß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Die SPD ist bei den Studiengebühren heillos zerstritten. Neuestes Beispiel dafür ist das Interview in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 24. Februar, in dem sich Hannovers Wissenschaftsminister Thomas Oppermann eindeutig für Studiengebühren ausspricht. „Langfristig wird es Studiengebühren geben“, wird Oppermann zitiert. Er nennt auch gleich eine Obergrenze von 3.000 DM.

Im Bundestagswahlkampf hat die SPD aber vollmundig das klare Versprechen abgegeben, in einem Bundesgesetz Studiengebühren auf Dauer zu verbieten. Das heißt: Ankündigung und Wirklichkeit klapfen bei der SPD weit auseinander.

Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) macht zwar in Bonn gegen Studiengebühren verbal mobil, die Realität sieht aber anders aus: Dort, wo Frau Bulmahn als SPD-Landesvorsitzende in Niedersachsen politisch Verantwortung trägt, wird soeben eine erste Studiengebühr von 200 DM pro Student und Jahr eingeführt. „Dies sei ein Entgelt für die Nutzung von hochschulinternen und hochschulübergreifenden Einrichtungen“, begründet Wissenschaftsminister Oppermann sein Vorhaben.

Der skandalöse Vorgang zeigt zweierlei:

- Die SPD hat im Wahlkampf die Studierenden getäuscht.
- Die SPD ist bei den Studiengebühren heillos zerstritten.

Bundesbildungsministerin Bulmahn schafft es nicht, in ihrer Partei das Wahlversprechen zu erfüllen. Wem die Durchsetzungskraft schon in der eigenen niedersächsischen Landespartei fehlt, wird die Glaubwürdigkeit als Bundesministerin in Bonn nicht gewinnen.

Gleichwertigkeit der Tätigkeiten beider Partner zum Ausdruck gebracht, unabhängig davon, ob es sich um unbezahlte Hausarbeit, Erziehungsarbeit oder Erwerbstätigkeit handelt.

Die Abschaffung oder Kappung des Ehegattensplittings wäre vor allem nachteilig für die alleinverdienenden Eheleute und für die nicht oder nur teilweise erwerbstätigen Ehepartner. Meist sind dies Frauen. Eine auf die Abschaffung des Splittings zwangsweise folgende höhere Besteuerung des allein- oder überwiegend alleinverdienenden Ehepartners verringert

das Gesamtfamilieneinkommen. Damit würde die Wahlfreiheit zwischen Haus- und Erwerbsarbeit entscheidend eingeschränkt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wendet sich gegen die Abschaffung des Ehegattensplittings, denn sie widerspricht dem durch Artikel 6 Grundgesetz geschützten Wesen der Ehe. Streichung und Kappung des Splittings treffen Familien mit Kindern, vor allem solche, in denen ein Elternteil wegen der Kindererziehung die Berufstätigkeit einschränkt oder auf sie verzichtet.

Programm gegen Investitionen und Arbeitsplätze

Anlässlich der abschließenden Beratung des „Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002“ im Ausschuß für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die hektischen Korrektur- und Nachbesserungsbemühungen der Regierungskoalition ändern nichts daran: Die Steuerreform bleibt ein Programm gegen Investitionen und neue Arbeitsplätze.

I. Die Eckdaten bleiben unverändert und damit falsch:

- Eine Nettoentlastung der Steuerzahler kommt erst im Jahr 2002 und beträgt lediglich 15 Mrd. DM. Bis dahin wird das Gesamtsteueraufkommen von 868 Mrd. DM im Jahr 1998 gemäß der aktuellen Steuerschätzung um schätzungsweise 110 Mrd. DM zunehmen. Wie soll da aus 15 Mrd. DM ein Nachfrageschub entstehen?

- Die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung treten schon 1999 in Kraft und belasten einseitig die Wirtschaft. Das macht auch viele Einzelmaßnahmen inakzeptabel, die bei einer durchgreifenden und rechtzeitigen Tarifsenkung vertretbar wären.

Bemerkenswerterweise konnte die Bundesregierung im Wirtschaftsausschuß kein Zahlentableau zu den finanziellen Auswirkungen der aktuellen Gegenfinanzierungsvorschläge auf die Wirtschaft vorlegen.

II. Mit ihren Bemühungen, wenigstens die schlimmsten Einzelmaßnahmen, z.B. die Streichung der Teilwertabschreibung, zu korrigieren, verbessert die Regierung Schröder ihre Note allenfalls von ungenügend auf mangelhaft. Nach wie vor

sollen wichtige, für die Wirtschaft schädliche Punkte beschlossen werden:

- Die Verlustverrechnungsmöglichkeiten sollen nunmehr zwischen allen einzelnen Einkunftsarten (nicht mehr zwischen sog. „aktiven“ und „passiven“ Einkünften) eingeschränkt werden. Dies trifft vor allem den Existenzgründer, der seine Anlaufverluste nicht mehr voll mit seinen übrigen Einkünften verrechnen kann.

- Verluste können nur noch für ein Jahr und bis zu einem Betrag von 1 Mio. DM (bis zum Jahr 2000 noch 2 Mio. DM) zurückgetragen werden. Gegenüber dem bisherigen Stand (10 Mio. DM für 2 Jahre) eine auch im internationalen Vergleich gravierende Verschlechterung für Unternehmen, die risikobehaftete Investitionen tätigen oder Liquidität zur Krisenbewältigung benötigen.

- Für die Versicherungswirtschaft ist mit den neuesten Änderungsvorschlägen das Maß einer gerechten Steuerbelastung überschritten. Die Maßnahmen zur „realitätsnäheren“ Bewertung von Schadensrückstellungen, ihr Ansatz zu Einzelkosten und das generelle Abzinsungsgebot führen zu einer Steuermehrbelastung der Sachversicherer um ca. 70 % in den nächsten 3 Jahren. Eine Verlagerung wesentlicher Teile der Geschäftstätigkeit ins Ausland ist die absehbare Folge.

- Die Möglichkeiten der steuerneutralen Übertragung von Wirtschaftsgütern (§ 6 Abs. 4 BStG) werden erheblich eingeschränkt. Dies nimmt der Wirtschaft viel Flexibilität, da veraltete Unternehmensstrukturen aus steuerlichen Gründen konserviert werden. Ein Nachteil gerade bei

Schröder mißbraucht das Bündnis für Arbeit

Zum „Bündnis für Arbeit“, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rauen:

Die ergebnisarmen Gespräche zum „Bündnis für Arbeit“ drohen zum „Bündnis der Hoffnungslosigkeit“ für Mittelstand und Arbeitsplätze in Deutschland zu verkommen. Während die rot-grüne Parlamentsmehrheit mit brachialer Gewalt die Ökosteuern und Steuerreform durchpeitscht, um unter Mißachtung des hessischen Wahlergebnisses die alte Bundesratsmehrheit zu erreichen, werden die Vertreter der Arbeitgeberverbände am Verhandlungstisch ruhiggestellt. Während durch diese Reformen die kleinen und mittleren Betriebe massiv belastet und dadurch Arbeitsplätze vernichtet werden, hält Schröder mit der Beruhigungsspielle Unternehmenssteuerreform die Unternehmer am Verhandlungstisch. So wird das „Bündnis für Arbeit“ zu einer Farce!

Arbeitsplätze entstehen ohnehin nicht am Verhandlungstisch. Diese können nur in den Betrieben geschaffen werden. Es bleibt dabei: Arbeitsplätze entstehen nur dann, wenn der Unternehmer die Wünsche seiner Kunden

zu bezahlbaren Preisen erfüllen kann. Dann bekommt er Aufträge und Arbeit für seine Mitarbeiter. Hieran ändert auch das Bündnis für Arbeit nichts. Im Endeffekt gehen diese Gesprächsrunden über die Köpfe der rund 3,2 Mio. kleinen und mittleren Unternehmen hinweg und sind reine Zeitverschwendung.

Meilenweit entfernt

Zusätzliche Beschäftigung entsteht nur durch eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmer und der Unternehmen, mit dem Ziel, daß die arbeitenden Menschen netto wieder mehr in der Tasche haben, und die Arbeitskosten sinken. Aber hiervon ist Rot-Grün meilenweit entfernt. Im Gegenteil! Der in dieser Woche beratene Haushaltsentwurf zeigt, daß die Staatsquote wieder steigt.

Die Politik der neuen Bundesregierung ist insgesamt nicht auf eine Entlastung auf zusätzliche Belastungen der arbeitenden Menschen ausgerichtet. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Ankündigungen ganzer Branchen, ihre Unternehmen ins Ausland zu verlagern, zeigen, wohin diese Politik führt.

der gleitenden Übergabe eines Unternehmens an die nächste Generation.

● Der Wegfall des halben Steuersatzes für Veräußerungsgewinne trifft viele Gewerbetreibende, Landwirte und Freiberufler. Sie haben ihre Altersvorsorge im Betrieb „angespart“ und müssen bei der Betriebsaufgabe diesen Gewinn mit dem Spitzsatz versteuern. Dies wird die Weitergabe von Unternehmen wirtschaftlich mehr oder minder unmöglich machen.

III. Eine solche Steuerreform darf nicht verabschiedet werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der vom Verfassungsgericht geforderten Entlastungen für Familien, der angekündigten Unternehmensteuerreform und der Reform der Rentenbesteuerung. Wir brauchen kein unabgestimmtes Klein-Klein. Wir brauchen den überzeugenden, mutigen Schritt zur Entlastung aller Bürger und Unternehmen. ■

Die rot-grünen Ökosteuerpläne sind nicht durchdacht

Die Ökosteuerpläne der rot-grünen Bundesregierung - obwohl ständig überarbeitet und revidiert - bleiben umweltpolitisch verfehlt und beschäftigungspolitisch ohne Wirkung. Die Geldbeschaffungsaktion zugunsten der Rentenversicherung als „Ökologische“ Steuerreform darzustellen, ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel.

Das Beiwort „Öko“ soll Glauben machen, daß mit der Einführung dieser Zusatz- und Neubesteuerung ein guter Zweck verfolgt wird, nämlich eine Entlastung der Umwelt. Dies allerdings ist nachhaltig zu bezweifeln.

Das von Rot-Grün auf den Weg gebrachte Gesetz beinhaltet keinerlei wirksames Lenkungssystem. Es enthält keinerlei Anreiz, den Schadstoffausstoß zu reduzieren, sondern verteuert lediglich einige Kraftstoffe. Es setzt nicht an bei der Art der Energieerzeugung, sondern ausschließlich beim Energieverbrauch. Die Energieproduktivität spielt überhaupt keine Rolle. Das führt dazu, daß es zum Beispiel keine Anknüpfung an Schadstoffe wie etwa dem CO₂-Ausstoß gibt, daß stattdessen etwa auch Strom aus erneuerbaren Energien grundsätzlich der Stromsteuer unterliegt.

Die Folge: Preiserhöhungen

Obwohl Braunkohle doppelt soviel klimaschädliches Kohlendioxid in die Luft bläst wie demgegenüber Erdgas, werden beide mit derselben Stromsteuer pro Kilowattstunde belegt. Darüber hinaus fallen auch Kraftstoffe für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), wie Bahn und Bus, unter die Steuererhöhung. Die Folge werden Preiserhöhungen sein, womit kein Um-

steigen der Menschen auf dieses Verkehrsmittel gefördert wird. Einerseits wird der ÖPNV über Subventionen gefördert, andererseits wird er mit einer zusätzlichen Steuer belegt - ein Widersinn.

Die Preiselastizität der Energienachfrage ist äußerst gering. Das gilt vor allem mit Blick auf Pendler, die berufsbedingt ihr Auto nutzen müssen oder mit Blick auf unsere Wohnungen, die geheizt werden müssen. Selbst regionale Preisdifferenzen beim Strom bis zu 30 % lassen allen Erfahrungen nach kein signifikant anderes Verbraucherverhalten erwarten. Deshalb ist ein Lenkungseffekt in Richtung auf Energieeinsparung äußerst zweifelhaft.

Nachdem es ja keine Ausnahmen im Blick auf die energieintensiven Betriebe mehr geben soll, lassen die Auswirkungen der

**Von Peter Jacoby,
Obmann der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion im
Haushaltsausschuß**

Ökosteuerpläne auf die gewerbliche Wirtschaft befürchten, daß etliche energieintensive Branchen, zu denen immerhin so wichtige Wirtschaftszweige wie die Chemie-, die Metall- oder die Automobilindustrie gehören, im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten können. Sie werden weder zusätzlich investieren, noch zusätzlich einstellen, sondern eher geneigt sein, Betriebsstätten ins benachbarte Ausland zu verlagern, wo das Energiepreisniveau deutlich geringer ist als bei uns.

Daran ändert auch nichts die ins Auge gefaßte minimale Verringerung der Beiträge

zur Rentenversicherung, denn energieintensive Betriebe fällen ihre Investitionsentscheidungen nicht auf Grund einer ohnehin vergleichsweise gering anfallenden Reduzierung der Lohnnebenkosten, sondern eben vor allem infolge des Energiekostenniveaus. Und das wird zukünftig in Deutschland noch höher sein.

Mehr Bürokratie und mehr Verwaltungsaufwand

Daß künftig alle Branchen der gewerblichen Wirtschaft mit mehr Energiekosten zu rechnen haben, wird dazu führen, daß für viele Industrieunternehmen, den Mittelstand und das Handwerk die Belastungen wesentlich stärker sind, als sich demgegenüber Entlastungen infolge einer ohnehin geringen Verringerung der Lohnnebenkosten ergeben. Von Aufkommensneutralität kann also keine Rede sein, weswegen ja auch eine Kappungsgrenze oder eine Härteklausele eingeführt werden soll. Das Ergebnis: mehr Bürokratie, mehr Verwaltungsaufwand, mehr Kontrolle, von Steuervereinfachung keine Spur.

Das Konzept ist nicht zu Ende gedacht

Bleibt darauf hinzuweisen, daß die sogenannte doppelte Dividende - also mehr Umweltschutz einerseits, mehr Arbeitsplätze andererseits - allein schon deshalb eine Fiktion bleiben wird, weil in dem Maße, in dem weniger Umweltabgaben entrichtet werden, dann ja auch weniger Mittel zur Senkung von Beiträgen zur Verfügung stehen. Das heißt bei einem angenommenen Rückgang des Energieverbrauchs gehen auch die Einnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten zurück.

Es liegt auf der Hand: Das Konzept der Bundesregierung ist nicht zu Ende gedacht, weitere Steuererhöhungen zur Schließung von Haushaltslöchern wären die Konsequenz.

Kommentar

Neue Volksfront

Leute, hört die Signale: Sozialdemokraten und Kommunisten gehören zusammen! Das ist jetzt die Devise von SPD-Chef Lafontaine. Während Gerhard Schröder Kanzler spielt, bereitet der Jakobiner aus Saarbrücken ganz offen die neue gesamtdeutsche Volksfront mit den Kommunisten vor.

Gysi, Modrow und die gesamte Stasi können frohlocken. Was im Regierungsbündnis mit den SED-Altgenossen in Magdeburg und Schwerin begann, soll wenn möglich in Erfurt, Potsdam und Berlin demnächst fortgesetzt werden.

Demokraten wehret den Anfängen!

Die Menschen in Ost und West haben nicht für die deutsche Einheit gekämpft, um eines Tages im Berliner Reichstag eine SPD/PDS-Regierung zu erleben, in der Gysi als Bundesjustizminister und Markus Wolf gar als Verfassungsschutzpräsident agieren.

Bild

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß der Gesetzesentwurf auch eine soziale Schieflage bewirkt. Viele Bevölkerungsgruppen werden künftig hin mehr für Energie zu zahlen haben, unterliegen aber keiner Sozialversicherungspflicht und können von daher nicht in den Genuß geringerer Beiträge kommen. Als da sind Rentner, nicht erwerbstätige Alleinerziehende, Studenten, Freiberufler, Landwirte und diejenigen, die ihre eigenen beruflichen Versorgungswerke haben.

Die Ökosteuerpläne von Rot-Grün sind ein reines Abkassiermodell - umweltpolitisch, beschäftigungspolitisch und unter sozialen Gesichtspunkten fragwürdig und nicht durchdacht. ■

Sicherheitspolitisch weiterhin auf Spitzenposition

Innenminister Thomas Schäuble legt Polizeiliche Kriminalstatistik 1998 vor

Baden-Württemberg nimmt unter den deutschen Bundesländern die Spitzenposition bei der Inneren Sicherheit ein. Grund dafür ist vor allem die „sicherheitspolitische Gesamtstrategie“, die es in keinem anderen Bundesland gebe.

„Kommunale Kriminalprävention, verstärkte Kooperation mit dem Bundesgrenzschutz, der flexible Einsatz der Bereitschaftspolizei bei der Bekämpfung der Straßekriminalität, die lagebildorientierte Präsenz der Polizei und das 8-Punkte-Programm „Baden-Württemberg mit Sicherheit in Ordnung“ sind die ineinandergreifenden Projekte, mit denen wir die Weichen richtig gestellt haben. Der Rückgang der Straftaten im Jahr 1998 um über 21.000 oder 3,6 Prozent, die nochmalige Verbesserung der Aufklärungsquote auf 57,3 Prozent und die weiterhin niedrigste Kriminalitätsbelastung unter den Bundesländern sind sichtbare Belege für den erfolgreichen und richtigen sicherheitspolitischen Kurs der Landesregierung“, sagte Schäuble am 10. Februar vor der Presse in Stuttgart.

Dieser klare Kurs bei der Inneren Sicherheit werde auch künftig konsequent beibehalten. Die Polizei werde im Sinne des „Wehret den Anfängen“ nach wie vor frühzeitig und entschlossen gegen jede Form von Kriminalität und gegen Ordnungsstörungen vorgehen und auch in diesem Jahr die bewährten polizeilichen Sicherheitsstrategien fortführen. Von zentraler Bedeutung bei der Sicherheitspolitik

sei das Engagement und der Schluß aller gesellschaftlichen Kräfte auf kommunaler Ebene.

Die breite Zustimmung zur **Kommunalen Kriminalprävention** zeige, daß dies von allen als richtig erkannt worden sei: Seit dem landesweiten Start im Frühjahr 1997 hätten bereits rund 200 Städte, Landkreise und Gemeinden in Baden-Württemberg die Initiative „Kommunale Kriminalprävention - eine Chance für mehr Sicherheit“ aufgegriffen und zahlreiche Projekte zur Verhinderung von Kriminalität auf den Weg gebracht.

Zwischenzeitlich könnten auch erste meßbare Erfolge verzeichnet werden: Mehrere Stadt- und Landkreise könnten deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Rückgänge der Kriminalität feststellen, beispielsweise Heidelberg (- 12,3 Prozent) und Heidenheim (- 11,3 Prozent). Besonders die ursachenorientiert angelegte Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene im Verbund von Polizei, Justiz, Schulen, Kirchen, Einrichtungen der Jugendarbeit oder Vereinen habe zur landesweit günstigen Kriminalitätsentwicklung beigetragen.

Nach den Worten Schäubles haben sich seit dem Start des **8-Punkte-Programms „Baden-Württemberg - mit Sicherheit in Ordnung“** vor über einem Jahr beachtliche Resultate eingestellt. Allein bis Herbst letzten Jahres hätten 27 Städte des Landes ihre Polizeiverordnungen verschärft, um Verwahrlosungstendenzen und öffentliche Unordnung als Nährboden von Krimina-

lität bereits im Ansatz zu unterbinden. Daß sich die Sicherheitslage auf öffentlichen Wegen und Plätzen spürbar verbessert habe, zeige auch der landesweite Rückgang der Straßenkriminalität um 9,2 Prozent.

Die Unterstützung der örtlichen Polizeien durch die **Bereitschaftspolizei** zeige dabei deutliche Erfolge. Entsprechend der örtlichen Sicherheitslage verstärken Einheiten der Bereitschaftspolizei für einige Tage oder Wochen die örtlichen Polizeikräfte und setzen gezielt im Rahmen sogenannter Konzeptionseinsätze an den Kriminalschwerpunkten an. Die gezielte flexible Verlagerung der Kräfte mache die Polizeiarbeit deutlich effektiver.

Die **Kooperation mit dem Bundesgrenzschutz** im Grenzgebiet zu Frankreich und der Schweiz habe sich ebenfalls bewährt. 300 gemeinsame Einsätze seien 1998 durchgeführt worden. In Baden-Württemberg seien von Polizei und Bundesgrenzschutz insgesamt rund 6.000 illegal eingereiste Personen aufgegriffen worden. Der Sonderkommission Schleuser des Landeskriminalamts mit 28 Mitarbeitern aus Landespolizei und Bundesgrenzschutz sei es gelungen, mehrere hochprofessionell agierende Schleuserorganisationen aufzudecken und ihnen die Schleusung von über 1.000 Personen nachzuweisen. 70 Schleuser seien festgenommen worden, gegen 46 von ihnen sei Haftbefehl ergangen.

Große Erfolge

Nach Schäubles Worten haben sich auch die **verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen** mit zahlreichen Fahndungserfolgen bewährt. Allein im vergangenen Jahr konnten in diesem Zusammenhang über 2.400 gesuchte Straftäter, 4.340 Personen, die zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben gewesen seien, und weitere rund 3.100 Personen wegen Verdachts einer Straftat, eines Verstoßes gegen aus-

länderrechtliche Bestimmungen oder andere Rechtsvorschriften aufgegriffen werden. Nachdem seit September vergangenen Jahres auch der Bundesgrenzschutz auf Bahnhöfen, in Zügen und auf Flughäfen solche Kontrollen durchführen kann, seien gemeinsame Fahndungstreifen aus Landespolizei und Bundesgrenzschutz möglich geworden.

Gut angenommen

Die Präsenz von Polizei und Bundesgrenzschutz sei durch den am 1. April 1998 in Stuttgart gestarteten Modellversuch „**Aktion Sicherheitsnetz**“ deutlich und sichtbar verbessert worden. „Diese starke Polizeipräsenz wird von der Bevölkerung gut angenommen. Das dokumentiert die positive Grundeinstellung der Bevölkerung und verstärkt ganz wesentlich ihr Sicherheitsgefühl“, sagte Schäuble. Dies belegten auch zahlreiche Rückmeldungen aus der Bevölkerung und von örtlichen Gewerbetreibenden. Die zur Bekämpfung der Straßenkriminalität in der Landeshauptstadt geleisteten Einsatzstunden seien vom 1. April bis 31. Dezember 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 52.266 auf 146.685 Stunden (+ 55,4 Prozent) gestiegen. Kontrolliert worden seien 47.303 Personen (+ 54,3 Prozent), 5.579 Platzverweise (+ 42,9) seien ausgesprochen und 118 Haftbefehle (+ 37,2) erwirkt worden. Insgesamt sei die Straßenkriminalität in Stuttgart um 1.489 Fälle oder 11,8 Prozent zurückgegangen, auch die Gewaltkriminalität habe um 222 Fälle oder 10,4 Prozent abgenommen. Schäuble: „Ich habe gegenüber dem Bundesinnenministerium die Fortführung des erfolgreichen Modellprojekts „Aktion Sicherheitsnetz“ um ein weiteres Jahr angeregt, um auf der Basis der dann zweijährigen Erfahrung über die weitere Ausgestaltung des Sicherheitsverbundes zwischen Landespolizei und Bundesgrenzschutz zu entscheiden.“ ■

Verlust von bis zu 150.000 Arbeitsplätzen befürchtet

Rund 20.000 betroffene Arbeitnehmer aus der Energiewirtschaft werden als Teilnehmer an einer Großdemonstration in Bonn am 9. März erwartet. Kraftwerksbetreiber, Bergbauunternehmen und Kraftwerkshersteller fürchten den Verlust von bis zu 150.000 Arbeitsplätzen in Deutschland als Ergebnis der Energiepolitik der neuen Bundesregierung. Konsens statt Nonsens, so das Motto der Demonstrationsteilnehmer aus dem Raume Erlangen.

Sorgen um die Zukunft der Energieversorgung und des Umweltschutzes in Deutschland bekunden die Mitarbeiter der Energiewirtschaft und ihre Betriebsräte im Vorfeld der Konsensgespräche. „Eine gesicherte und umweltschonende Versorgung mit elektrischer Energie ist überlebensnotwendig für das Industrieland Deutschland“, so Betriebsratsvorsitzender Reinhart Mehn aus Erlangen, der 5.200 Mitarbeiter von Siemens KWU im Kraftwerksbau vertritt.

Durch die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland würden mehr als 50 % der Grundlast der deutschen Stromerzeugung fehlen und der CO₂-Ausstoß um 160 Millionen Tonnen pro Jahr ansteigen. Die deutschen Zusagen auf dem Klimagipfel in Rio wären dann das Papier nicht mehr wert, auf dem sie gedruckt sind.

Die realistischen Aussichten für regenerative Energien in Deutschland sind aber sehr begrenzt.

Um die Leistung eines Kernkraftwerkes zu ersetzen, müßte eine Photovoltaikanlage mit der 2fachen Fläche des Chiemsees errichtet werden. Eine solche Anlage lie-

fert den Strom aber nur tagsüber, wenn die Sonne scheint. Hinzu kommt der Kostenunterschied. Ein Kernkraftwerk kostet rund 5 Milliarden DM, eine in der Leistung vergleichbare Photovoltaikanlage aber über 180 Milliarden DM, rechnet Mehn vor. Strom darf nicht zum teuren „Luxusgut für Reiche werden“.

Politische Entscheidungen zu Lasten der deutschen Energieversorgung gefährden nicht nur die Arbeitsplätze in Deutschland, sondern machen Deutschland auch von

Strom darf nicht zum Luxusgut für Reiche werden

Stromimporten abhängig. Die Volkswirtschaft ist dann dem Preisdiktat der ausländischen Stromerzeuger ausgeliefert. Daher ist eine ausreichende und sichere Kapazität zur Erzeugung von elektrischem Strom in Deutschland auf Basis der Energieträger Kohle, Gas, Wasser und Kernenergie unverzichtbar. Sog. alternative Energien wie Sonne und Wind können dagegen nur wenige Prozent des Bedarfes decken - aber auch nur bei optimalen Wetterbedingungen.

CDU-Kandidat gewinnt Stichwahl

Jörg Hellmuth ist neuer Landrat im Landkreis Stendal. Der 41jährige CDU-Kandidat erhielt bei einer Stichwahl 61,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat Arnold Preuß von der SPD kam auf 38,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 19,2 Prozent.

tun WIR WAS, SONST TUT SICH NIX.



Seit der Bundestagswahl hat die CDU bis Ende Januar 1999 14.871 neue Mitglieder gewonnen. Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Monaten sind erstmals seit 1991 die Mitgliederzahlen der CDU 1998 um weniger als 1 % (0,85%) gesunken, und zwar von 631.700 auf 626.342.

Die Landesverbände Bremen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben bereits für 1998 ein Plus in der Mitgliederentwicklung zu verzeichnen. Folgende weitere sechs Landesverbände erzielten im Januar einen Mitgliederzuwachs: Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar und Sachsen. Dies zeigt: Die CDU hat in diesem Jahr die echte Chance, die Trendwende bei der Mitgliederentwicklung zu schaffen.

Auf der Kreisgeschäftsführerkonferenz am 12. Januar in Berlin haben wir eine breit angelegte Werbekampagne unter dem Motto:



„tun SIE WAS; SONST TUT SICH NIX – Mitglieder werben Mitglieder“

gestartet. Die Erfolge bei der Landtagswahl in Hessen und bei der Aktion „Ja zu Integration - Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit“ beweisen, daß die Union eine starke und kampagnefähige Partei ist. Setzen wir mit dem gleichen Elan die Mitgliederwerbung fort, dann werden wir Erfolg haben. Es ist unsere Aufgabe, die Menschen, die von Rot-Grün enttäuscht sind, für die CDU zu gewinnen.

Deshalb fordere ich alle Mandats- und Funktionsträger in den Gemeinden und Kreisen auf: Machen Sie mit bei unserer Mitgliederwerbeaktion 1999. Gewinnen Sie neue Mitglieder für die CDU.

Angela Merkel

Angela Merkel
Generalsekretärin

Materialien zur EURO-Aktion

Der EURO - Geschichte der Europäischen Einigung und ihre Lehren

Broschüre, DIN A5, 28 Seiten
Bestell-Nr. **5360**
zum Preis von 21,60 DM je 50 Expl.

Der EURO - auf dem Weg zu einer gemeinsamen Europäischen Währung

Broschüre DIN A5, 32 Seiten
Bestell-Nr. **5357**
zum Preis von 23,— DM je 50 Expl.

Zehn gute Gründe für den EURO

Faltblatt, 6 Seiten
Bestell-Nr. **2172**
zum Preis von 20,— DM je 100 Expl.

Der EURO – Chance für den Mittelstand

Faltblatt, 6 Seiten
Bestell-Nr. **2356**
zum Preis von 20,— DM je 100 Expl.

Argukarten-Set

Dieses Set enthält 13 verschiedene Argukarten zur schnellen Information, für die Diskussion z.B. am Canvassing-Stand oder als Spickzettel für Redner.

Format DIN lang, 13 Karten
Bestell-Nr. **1359**
zum Preis von 19,50 DM je 20 Sets

Baseball-Cap „EUROPA“

Bestell-Nr. **9416**
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 8,00 DM

EURO für Kids

Bestell-Nr. **9365**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 23,50 DM

Argumentations-
karten der CDU
zum Thema

EURO



Bestellungen: IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax: 0 25 24/91 13 10
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

CDU

Zehn gute Gründe ...

... für
den **EURO**



CDU

»Infos für Kids«

**DER EURO - UNSER
GELD FÜR MORGEN**



Mit Preißrätsel und
tollem Gewinn!
CDU

**DER
EURO**

Auf dem Weg zu einer
gemeinsamen europäischen Währung

Argumente
für die politische Diskussion
Zweite, aktualisierte Auflage

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

für Kids
Nr. 9265
Ungeliefert: 50 Expl.
50 Expl. 29,70 DM



● Straßenatlas für Deutschland und EUROPA

Ein besonderes Schnäpchen von dem namhaften Kartenhersteller „Marco Polo“, 144 Seiten

Bestell-Nr. 9260

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 29,70 DM

UiD

7/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.